

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/12

Bonn, den 17. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Es blieb kein anderer Weg</u> Zu den Sparmaßnahmen der britischen Regierung	44
2	<u>"MEXIKO - LITERATUR 1935-1945"</u> Zur Eröffnung einer Ausstellung in Luxemburg	43
2 a	<u>Ohne Auftrag...</u> Erik Blumenfeld und die Bomben über Nord-Vietnam	25
3 - 4	<u>Der 2. Jugendbericht liegt vor</u> Eine erste Übersicht und Anregungen Von Heinz Westphal, MdB	91
5 - 6	<u>Eine Neben-EWG ? - Kein gangbarer Weg</u> Bestandesaufnahme der Situation in der EWG Von Egon C. Heinrich	92

Es blieb kein anderer Weg

Zu den Sparmaßnahmen der britischen Regierung

sp - Für die Regierung Wilson blieb kein anderer Weg als der, den sie mit ihren weitreichenden Sparmaßnahmen beschritten hat. Dazu gehörte der Mut zur Unpopulartät. Wilson hat ihn bewiesen. Die Briten sind ein nüchtern dankendes Volk, sie können Wahrheiten vertragen, auch wenn diese grausamer Natur sind und den letzten Rest vielleicht noch vorhandener Illusionen beseitigen. Die Illusion etwa, in Gebieten östlich von Suez noch eine Weltmachtrolle zu spielen, ist gründlich zertrümmert; dazu fehlen Großbritannien alle wirtschaftlichen und militärischen Mittel. Der nun angekündigte und in drei Jahren wirksame Abzug aller britischen Truppen aus Asien - mit Ausnahme der Kronkolonie Hongkong - ist die Konsequenz einer Politik, die mit der Freigabe des indischen Subkontinents vor zwanzig Jahren begann. Eine große und glänzende Epoche der britischen Geschichte hat ihren Abschluß gefunden. Die Frage erhebt sich, wer nun das eingetretene Vakuum füllen wird. Etwas die Amerikaner? Können sie zu ihren gewaltigen Bürden, die sie als Weltmacht auch in Asien tragen, noch neue übernehmen? So manches bleibt im Schoße der Zukunft verborgen.

Die Vereinigten Staaten sind durch die Zurücknahme von Bestellungen für supermoderne Flugzeuge des Typs F 111 wirtschaftlich besonders schwer betroffen. Allein diese Einsparung beträgt für Großbritannien 4 Milliarden DM. Diese gehen der US-Wirtschaft verloren. Es wird darüber Ärger zwischen den beiden Ländern geben.

Die Pfundsbewertung allein hat nicht genügt, um Großbritannien wieder auf sichere Beine zu stellen und um den Rückstand aufzuheben, unter dem es leidet und der für England schon lebensgefährliche Ausmaße bekam. Sparmaßnahmen auch auf sozialem Gebiet treten nun neben Konsumbeschränkungen ein. Das britische Volk muß wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit den Gürtel enger schnallen und manche Entbehrungen auf sich nehmen, gewiß eine schmerzliche, jedoch unvermeidliche Kur. Die Hauptanstrengungen müssen sich auf die Modernisierung seiner Industrie und auf die Steigerung des Exports konzentrieren. Hier liegt die Quelle der Gesundung.

Das nichtkommunistische Europa kann nur hoffen und wünschen, daß das britische Sparprogramm in absehbarer Zeit Früchte trägt. Ein krankes oder stagnierendes Großbritannien bekäme auch Europa nicht gut; es könnte davon im Zeitalter wirtschaftlicher Verflechtungen eingestockt werden. Wilson hat wiederum seine Entschlossenheit bekundet, Großbritannien mit Kurs auf Europa hin anzusteuern und es bleibt sein Ziel, vollwertiges Mitglied der EWG zu werden. Ein gesundes und starkes England kam - auf weite Sicht gesehen - dieses Ziel vielleicht eher erreichen, auch wenn derzeit die Aussichten aus bekannten Gründen recht trübe sind. Doch unabhängig davon besteht für die Länder der EWG die Pflicht zur Solidarität. Großbritannien hat als mittlere Macht in Asien abgedankt, um sich dafür im Rahmen seiner Möglichkeiten besser auf seine Rolle in Europa vorzubereiten, zu dem es sich zugehörig fühlt.

"EXIL - LITERATUR 1933-1945"

Zur Eröffnung einer Ausstellung in Luxemburg

sp - Am 10. Mai 1934 - ein Jahr nach der ersten großen Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten - wurde in Paris die Deutsche Freiheitsbibliothek gegründet. Diese Bibliothek war bis zur Besetzung Frankreichs durch die Hitlerarmee ein bescheidener Versuch, die freie, deutsche Literatur im Ausland darzustellen. Von Hitler verfolgt und meist auch der deutschen Staatsangehörigkeit beraubt, haben deutsche Dichter und Schriftsteller ihre Werke hier ausstellen können. Die Nationalsozialisten zerstörten 1940 jene wertvolle Sammlung deutscher Literatur, und erst 1946 wurde der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main der Auftrag erteilt, die in der westlichen Welt noch auffindbaren Werke wieder zu sammeln. Im Osten wurde diesem Bemühen leider kein Verständnis entgegengebracht, so daß erst viel später einige im Westen verloren gegangene Werke aufgefunden werden konnten.

Inzwischen hat die Deutsche Bibliothek die Übersicht über das literarische Schaffen deutscher Schriftsteller im Exil wesentlich vergrößern können. Ein umfangreicher Katalog unterrichtet über die zahlreichen während der Hitlerdiktatur erschienenen Werke.

Zur Zeit wird unter der Schirmherrschaft des Außen- und Kultusministers der Großherzoglich-Luxemburgischen Regierung, Pierre Grégoire, und des Bundesaußenministers Willy Brandt eine Ausstellung gezeigt, deren politisch-literarische Bedeutung höchste Würdigung verdient. Wichtige Bestände der Frankfurter Deutschen Bibliothek können hier studiert werden. Aus Anlaß der Ausstellung finden in dieser Woche in Luxemburg mehrere Veranstaltungen statt, in deren Mittelpunkt ein Festakt steht. Hier werden Bundesaußenminister Willy Brandt, der luxemburgische Außenminister Pierre Grégoire, der deutsche Botschafter Carl H. Lueders und Professor Solo Mann sprechen.

Die Ausstellung selbst vermittelt ein sehr eindringliches Bild von dem literarischen und politischen Bemühen einer Schriftstellergeneration, die trotz aller Anfeindungen in der Heimat der Welt zeigen wollte, daß es ein "anderes Deutschland" gibt. Entsprechend der Zeit, in der die meisten der ausgestellten Bücher geschrieben wurden, überwiegt die politische Analyse und der Versuch, das grauenvolle Geschehen in Deutschland darzustellen und zu deuten. Trotz bitterer Enttäuschungen, die die Verfasser der Werke erleben mußten, und trotz der verzweifelten Situation, in der sich die meisten von ihnen befanden, wird man in ihren Werken kaum ein verdammendes Urteil über das deutsche Volk finden. Zahlreiche Romane, Gedichtbände und auch wissenschaftliche Schriften zeugen von der Liebe zum deutschen Volk. So ist diese Ausstellung, die auch schon in anderen Städten Europas gezeigt wurde, ein Zeugnis geistiger Würde, die auch dann nicht auszulöschen ist, wenn Diktatoren Bücher verbrennen lassen.

Ohne Auftrag . . .

Erik Blumenfeld und die Bomben über Nord-Vietnam

sp - Ärgernis zu erregen gehört zum politischen Geschäft. Es spricht keineswegs gegen einen Politiker, wenn er dies häufig und nach verschiedenen Seiten hin tut wie Erik Blumenfeld. Nur darf er sich dann nicht wundern, wenn man es ihm sagt.

Der Hamburger CDU-Abgeordnete hat sich in Saigon gegen "Moralprediger" in der Bundesrepublik gewandt und auch die Tatsache kritisiert, daß die SPD sich für eine Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam ausgesprochen hat. Sachlich läßt sich über all' das reden. Es mag sein, daß der eine oder andere dazu neigt, voreilig und kurzschlüssig moralische Maßstäbe an politische Entscheidungen zu legen. Und warum sollte Herr Blumenfeld nicht anderer Meinung sein als der SPD-Vorstand?

Nur: was wir Kritisches über die eigenen Mitbürger auf dem Herzen haben, sollten wir zuhause sagen. Herr Blumenfeld ist o h n e a u f t r a g nach Saigon geflogen. Weder der Auswärtige Ausschuß, noch der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses, dem Erik Blumenfeld vorsitzt, hat seine Zustimmung zu dieser Reise gegeben. Blumenfeld ist n i c h t als Vorsitzender des Unterausschusses Vietnamhilfe nach Saigon geflogen. Es mag sein, daß er sich dort auch gar nicht als solcher vorgestellt hat. Aber in der Öffentlichkeit entstand, wie vorauszusehen war, der Eindruck, der im Auswärtigen Ausschuß damit besonders befaßte Abgeordnete habe nun seine fachkundige Meinung, möglicherweise sogar für den Unterausschuß, kundgetan. Dem ist nicht so.

Ein Abgeordneter ist auf eine Weise, die viele seiner Kollegen missbilligt haben, nach Saigon geflogen und hat dort Äußerungen getan, die er dort besser für sich behalten hätte. Das ist alles.

+

+

+

Der 2. Jugendbericht liegt vor

Eine erste Übersicht und Anregungen

Von Heinz Westphal, MdB

Der 2. Jugendbericht, der jetzt den Bundestag und Bundesrat vorgelegt worden ist, berücksichtigt bereits den Wunsch des Parlaments, sich jeweils auf wenige Schwerpunkte der Jugendhilfe zu konzentrieren: Die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter sowie das Thema "Jugend und Bundeswehr". Andererseits handelt es sich noch um einen Bericht, für dessen Inhalt und Gestaltung insgesamt die Bundesregierung verantwortlich ist, während der inzwischen gültig gewordene neue § 25, Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes für jede künftige Legislaturperiode einen Jugendbericht vorsieht, der von Fachleuten der Jugendhilfe inhaltlich verantwortet wird und zu dem die Bundesregierung ihre Stellungnahme sowie ihre Vorschläge zur jugendpolitischen Auswertung hinzufügen muß. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird beide Teile dieses umfangreichen 2. Jugendberichtes gründlich studieren und wird eine baldige und intensive Beratung im Bundestag und seinen zuständigen Ausschüssen drängen. In einer ersten Stellungnahme läßt sich folgendes sagen:

Der Bund wird es im Zusammenwirken mit den Ländern weiterhin als seine Aufgabe ansehen müssen, die Aus- und Fortbildung von ehrenamtlich und hauptberuflich tätigen Mitarbeitern der Jugendhilfe zu fördern. Die Verbände der Jugend- und Sozialarbeit, sowie die überregional tätigen Institutionen bedürfen dazu der verstärkten Hilfe aus dem Bundesjugendplan. Der Bericht weist nach, daß die Zahl der hauptberuflichen Mitarbeiter im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit ausgeserst gering ist sowohl im Verhältnis zu den jugendfürsorglichen Fachkräften als auch - und dies selbstverständlich in noch viel größerem Maße - im Verhältnis zu der Zahl der ehrenamtlichen Kräfte, die sich in ihrer Freizeit nach dem vollen Arbeitstag im Beruf für die Jugendarbeit verantwortungsbewußt zur Verfügung stellen.

Um Qualität und Umfang der Jugendarbeit sowohl bei den Verbänden als auch bei den Gemeinden zu steigern, wird man sich nicht scheuen dürfen, die hauptberufliche Tätigkeit einer wesentlich größeren Zahl von Fachkräften zukünftig zu ermöglichen. Der Wiedergewinnung meist durch Familiengründung vorzeitig ausgeschiedener Fachkräfte auch für Halbtagsstellungen sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Problematisch ist die Zersplitterung des Ausbildungswesens in zu kleine Schulen. Der Bericht zeigt, daß die 47 höheren Fachschulen für Sozialarbeit durchschnittlich nur je 80 Studierende in ihren dreijährigen Ausbildungsgängen haben. Da werden die Möglichkeiten einer Leistungssteigerung durch einen rationell gestalteten Lehrbetrieb in größeren Ausbildungsstätten nicht genutzt. Die Träger werden sich auch auf eine Überprüfung von der Kostenseite her einstellen müssen. - Dem im Bericht hervorgehobenen Prinzip der Durchlässigkeit durch alle Ausbildungswege von der Kindergärtnerinnenschule bis zum Studium an einer sozialwissenschaftlichen Fakultät kann voll zugestimmt werden. Es muß erst noch verwirklicht werden.

Die Hilfen, die von der öffentlichen Hand für die Fortbildung gerade auch der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Jugendhilfe gewährt und die erweitert werden sollten, müssen ihre Ergänzung finden in einer aufgeschlosseneren Haltung der Arbeitgeber zu diesen bei ihnen beschäftigten Kräften. Das gesellschaftliche Engagement in der Bildungs- und Sozialarbeit für junge Menschen muß honoriert werden durch die Gewährung von Bildungsurlaub und die Freistellung für die Mitwirkung an wichtigen Veranstaltungen der Jugendhilfe.

Der Bericht unterstützt Pläne zur Errichtung einer zentralen Jugendhilfsakademie, die auf wissenschaftlicher Grundlage langfristige Fortbildungskurse für Leistungskräfte der Jugendhilfe veranstalten soll. Auf diesem Gebiet muß endlich Klarheit geschaffen werden. Da es zur Zeit noch nebeneinander mehrere Pläne gibt, wird es sich der Ausschuß für Familien- und Jugendfragen zur Aufgabe machen müssen, neben dem berichterstattenden Ministerium auch die Fachleute der beteiligten Organisationen und Einrichtungen anzuhören, bevor er einem bestimmten Projekt den Vorzug gibt. Eine Fortbildungsakademie muß jedenfalls auch in der Lage sein, die künftige Praxis der Jugendarbeit durch Modellversuche mit neuen Methoden und neuen Veranstaltungsformen zu bereichern. Ihr Schwerpunkt sollte bei der außerschulischen Bildungsarbeit und den Freizeithilfen liegen, da im Verhältnis zu diesen die Einzelfallhilfe und die jugendfürsorgereischen Aufgaben in Forschung und Lehre schon ein Stück weiter voraus sind. Die Bedeutung der außerschulischen Bildungsarbeit in Jugendverbänden, Häusern der offenen Tür, Jugendbildungsstätten usw. für die Verankerung demokratischen Denkens und Handelns in der jungen Generation sollte dabei nicht unterschätzt werden.

Hier liegt auch der Zusammenhang mit dem anderen Berichtsteil "Jugend und Bundeswehr". Die Darlegungen über die Ergebnisse der Kooperationsuntersuchungen ergaben wertvolle Aufschlüsse, in welcher Richtung mehr im vorbeugenden Sinne für die Volksgesundheit getan werden muß.

Neue Impulse für eine baldige Lösung der Probleme unseres Bildungswesens erhält man bei der Lektüre derjenigen Abschnitte, die sowohl von den Kenntnissen im Bereich der politischen Bildung als auch von deren praktischer Anwendung berichten.

Es heißt, daß der Prozeß des Heranreifens zu staatsbürgerlicher Mitverantwortung beim Eintritt in die Bundeswehr noch nicht abgeschlossen sei. Hier ergibt sich ein neuer Ansatz für Parlament und Öffentlichkeit, Inhalt, Umfang und Methoden der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit für die jungen Soldaten zu diskutieren und daraus Verbesserungen abzuleiten. Auch sollte die Bundeswehr in ihrer Rolle als "größter Berufsausbilder" unseres Landes einer Beratung unterzogen werden. - Besondere Beachtung müssen die beiden Abschnitte des Jugendberichtes finden, die sich mit den Entwicklungen im anderen Teil Deutschlands befassen. Sie sollten in die Beratungen über die jugendpolitischen Konsequenzen des 2. Jugendberichtes mit einbezogen werden.

Eine Neben-EWG ? - Kein gangbarer Weg

Bestandsaufnahme der Situation in der EWG

Von Egon C. Heinrich

Nach der EWG-Ministerratssitzung in Brüssel zeichnet sich noch kein Ausweg in der Beitrittsfrage ab. Die verschiedenen Positionen in der europäischen Konfrontation können zur Zeit wie folgt abgesteckt werden:

1. Die französische Regierung lehnt die volle Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG entschieden ab, wäre aber eventuell mit einem "Arrangement" zwischen der Gemeinschaft und London einverstanden. Was unter dem Arrangement zu verstehen ist, bleibt vorerst das Geheimnis des Elysée-Palastes.
2. London beharrt auch nach dem 19. Dezember auf einem vollen Beitritt und lehnt gegenwärtig noch alle Zwischenlösungen (Assoziierung, Freihandelszone, Handelsabkommen) ab; daneben versuchen die Briten mit großem Eifer eine engere Zusammenarbeit außerhalb der EWG zwischen den fünf und den vier beitrittswilligen Staaten zu organisieren. Die englischen Vorschläge sehen eine Kooperation in der Außen- und Verteidigungspolitik, der Technologie, der gemeinsamen Rüstungsproduktion und im europäischen Gesellschafts- und Patentrecht vor. Diese Pläne, offenbar von Italien und Holland unterstützt, laufen auf eine Art Neben-EWG, d.h. auf eine EWG-Konkurrenz, hinaus. Der belgische Ministerpräsident hat ange-regt, die britisch-niederländischen Alternativvorstellungen auf der Sitzung der Außenminister der Westeuropäischen Union, der die Sechs und Großbritannien angehören, am 29. Januar zu beraten. Für die Briten bedeutet es eine echte Tragik, daß ihnen de Gaulle gerade in dem Augenblick den EWG-Beitritt verwehrt, da ihre wirtschaftliche Misere am größten ist und die letzten Relikte des britischen Empire aufgegeben werden müssen.
3. Die Beitrittsgesuche des Vereinigten Königreichs, Irland, Dänemark und Norwegen sowie das Schreiben der Regierung Schwedens bleiben auf der Tagesordnung des EWG-Ministerrates. Dieser Passus im Kom-muniqué vom 19. Dez. kommt - trotz allem, was man darüber denken mag - politische Bedeutung zu. Immerhin können die fünf den England-Beitritt jederzeit in Brüssel wieder zur Diskussion stellen. Für das erste Halbjahr 1968 sollte man damit allerdings nicht rechnen, da Frankreich in dieser Zeit den Vorsitz im Rat inne hat. Festzuhalten bleibt aber, daß der britische Aufnahmeantrag nicht von den Sechs abgelehnt werden ist.
4. Die Regierungen in Bonn, Brüssel und Luxemburg wollen den Beitritt zunächst im Rahmen der Sechsergemeinschaft weiterbetreiben. Die von London angebotene Kooperation auf den Gebieten außerhalb der EWG soll erst dann geprüft werden, wenn alle Versuche, innerhalb der Gemeinschaft weiterzukommen, gescheitert sind. Willy Brandt strebt mit seinen Denkmodellen eine stufenweise Mitgliedschaft der vier beitrittswilligen Staaten an. Ohne das Placet de Gaulles kann aber auch dieser Plan nicht realisiert werden.

Der gordische Knoten der Europapolitik ist also geschnürt. Ihn zu lösen wird in diesen Wochen in zahlreichen Konsultationen versucht. Ein hektischer Regierungstourismus von Metropole zu Metropole hat eingesetzt. Jeder besucht und konsultiert jeden. Nach dem britischen Europaminister Lord Chalfont wird am Freitag der englische Außenminister George Brown in Bonn erwartet. Die Regierung Wilson braucht dringend einen außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg. Nur so ist ihr Drängen verständlich.

Im Prinzip sind sich Bonn und London völlig einig: Der Beitritt liegt im politischen und wirtschaftlichen Interesse beider Länder und Europas. Uneinig ist man sich über den Weg. Die Bundesregierung strebt mit ihrem Stufenplan eine Kompromißlösung zwischen Paris und London im Rahmen des EWG-Vertrages an; die Regierung Wilson glaubt dagegen nicht mehr an eine Überwindung des französischen Vetos oder an die Zustimmung de Gaulles zu einer Assozierung, die nach einer gewissen Übergangszeit zur Vollmitgliedschaft führen würde. Inzwischen hat Lord Chalfont dieser Tage darauf hingewiesen, daß eine Assozierung wahrscheinlich noch schwieriger auszuhandeln wäre, als der Vollbeitritt. London will daher den Beitritt an Paris vorbei realisieren.

Bei allem Verständnis für die britischen Sorgen und Nöte muß aber vor einer Neben-EWG gewarnt werden. Eine solche Institution, so attraktiv sie auf den ersten Blick auch erscheinen mag, würde den Keim des Zerfalls in die ohnehin von Krisen stark strapazierte EWG legen. Das kann aber nicht im englischen Interesse liegen. Denn die EWG ist und bleibt der Kern und Ausgangspunkt für die wirtschaftliche und politische Einigung Europas. Trotz aller Krisen hat der Gemeinsame Markt eine wirtschaftlich und politisch äußerst erfolgreiche zehnjährige Geschichte. Die EWG war, wie aus soeben in Brüssel veröffentlichten Zahlen hervorgeht, der Wirtschafterraum mit den größten Zuwachsraten; ihre Gold- und Devisenbestände übersteigen jene der USA und Großbritanniens. Die Gemeinschaft ist zum Erfolg verurteilt. Ihr Zerfall würde unüberschbare wirtschaftliche Schäden für 165 Millionen Menschen verursachen. Deshalb wird es kein EWG-Land im Endeffekt auf den Bruch oder Zerfall der EWG wegen des England-Beitritts ankommen lassen. Konkret bedeutet dies, daß weiterverhandelt werden muß.

Es muß deutsche Politik sein, die Erweiterung der EWG auf die EFTA-Länder beharrlich und mit Nachdruck weiterzuverfolgen, gleichzeitig aber ein Auseinanderbrechen des bisher größten europäischen Einigungswerkes zu verhindern. Nur wenn London seinen Standpunkt des Alles oder Nichts aufgibt, kann die europäische Stagnation in absehbarer Zeit überwunden werden. Bisher hatte London erklärt, es wolle die EWG-Partner nicht entzweien. Die jetzige britische Politik deutet allerdings aufs Gegenteil. Im Grunde spielt sich zwischen London und Paris ein Machtkampf um die Führungsrolle in Europa ab. Wichtig verstandene Europapolitik kennt den Begriff der Hegemonie nicht mehr.